

Rüstungskonversion als gewerkschaftliche Strategie zur Arbeitsplatzsicherung : Arbeitsplatzzerstörung im Militärssektor und Zukunfts-Szenarien

Autor(en): **Hug, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **12 (1992)**

Heft 23

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651800>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rüstungskonversion als gewerkschaftliche Strategie zur Arbeitsplatzsicherung

Arbeitsplatzzerstörung im Militärssektor und Zukunfts-Szenarien

Militärabhängige Arbeitsplätze sind heute weltweit gefährdet. Auch ohne Abrüstung und bei anhaltend hoher Wertschöpfung in der westlichen Rüstungsindustrie geht die militärabhängige Beschäftigung als Folge der rüstungstechnologischen Entwicklung und der laufenden Umstrukturierungen der Streitkräfte in den nächsten Jahren stark zurück. Laut einer Studie des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI werden bis 1995 in Westeuropa 350'000 bis 500'000 Rüstungsbeschäftigte ihre Arbeit verlieren. In diesen Zahlen sind die zahlreichen Arbeitsplätze nicht enthalten, die überall dort gefährdet sind, wo Truppenstandorte aufgehoben werden, die bisher lokale Dienstleistungen nachgefragt haben. *Die Modernisierung der militärischen Sicherheitspolitik führt zur massiven Zerstörung von Arbeitsplätzen.* Die High-Tech-Rüstung erfordert immer mehr Kapital und weniger Arbeits-einsatz. Ein massiver Verdrängungskampf unter den Rüstungsgiganten findet statt, der durch die Stabilisierung der Rüstungsausgaben und die verminderten Kriegsmaterialexporte zusätzlich angeheizt wird. Nur die grössten Rüstungsbetriebe mit einem enormen Forschungs- und Entwicklungspotential im Rücken werden überleben.

Auch die Schweiz ist von diesem international zu beobachtenden Umstrukturierungsprozess erfasst worden. Weniger Soldaten, mehr Flexibilität und Mobilität heisst auch hier die Devise. Für die von der neuen Armeekonzeption "Armee 1995" geforderte High-Tech-Rüstung besteht in der Schweiz jedoch kaum ein konkurrenzfähiges Angebot. Zwangsläufig wird immer mehr Kriegsmaterial in ausländischen Rüstungsbetrieben eingekauft, während die Inlandaufträge zurückgehen. Die anhaltend *hohen Militärausgaben* zeitigen im Inland rasch *abnehmende Beschäftigungseffekte*.

Seit Anfang der achtziger Jahre wiesen deshalb Organisationen aus der Friedensbewegung wie etwa die "Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot" (ARW) immer wieder darauf hin, dass militärabhängige Arbeitsplätze langfristig nur durch eine *aktive Politik zur Umstellung auf zivile Produktion und Verwaltung (Rüstungskonversion)* gesichert werden können(1). Die Gewerkschaften schlossen sich dieser Forderung in verschiedenen Schritten an. Im Winter 1990/91 setzte schliesslich der Vorstand des Militärpersonals im Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband (SMUV) eine "Arbeitsgruppe Rüstungskonversion" ein, der sich im Verlauf des Sommers 1991 auch der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) anschloss. Die Arbeit der beiden Gewerkschaften wurde aber durch die völlig ungenügende Kenntnislage auf diesem Gebiet stark behindert. Das Militärgeschäft gehört nach wie vor bei vielen Firmen zu den diskreteren Sparten ihrer Tätigkeit. Auch im EMD herrschte wäh-

rend Jahrzehnten ein übertriebener Geheimhaltungsfimmel. Es gab bisher in der Schweiz praktisch keine Literatur über den Umfang, die Struktur und die spezifische Problematik der militärabhängigen Beschäftigung. Die beiden Gewerkschaften entschlossen sich deshalb, eine Studie in Auftrag zu geben, die eine *umfassende Bestandesaufnahme des Militärssektors* in der Schweiz vornehmen, in *zwei Szenarien* mögliche Zukunftsentwicklungen und deren wirtschaftliche und soziale Folgen abschätzen sowie Vorschläge für eine Politik zur langfristigen Beschäftigungssicherung formulieren sollte.

Die Studie liegt nun in Buchform vor (2). Sie weist nach, dass in der Schweiz rund 40'000 Personen oder 1,2 Prozent aller Beschäftigten an einem direkt militärabhängigen Arbeitsplatz tätig sind, 15'000 beim Eidg. Militärdepartement, 5'000 in den eidg. Rüstungsbetrieben und 20'000 in der Privatwirtschaft. Hier dominiert die Metall-, Maschinen-, Apparate-, Fahrzeug- und Elektronikindustrie mit fast 10'000 militärabhängigen Beschäftigten. Es folgen die Baubranche mit 2'700 und das Gastgewerbe mit 2'000 Stellen. Die übrigen Industriezweige und Dienstleistungen weisen nur geringe Anteile auf. Die militärabhängigen Stellen sind auf wenige Kantone und Regionen konzentriert. Den höchsten Anteil militärabhängiger Arbeitsplätze weist der Kanton Uri mit 11,6 Prozent auf. Es folgen die Kantone Nidwalden (6,5 Prozent), Obwalden (3,3 Prozent) und Bern (3 Prozent). Die Dienststellen der rund 15'000 EMD-Beschäftigten verteilen sich auf 200 der insgesamt 3'000 Gemeinden der Schweiz.

Die Kosten der militärabhängigen Beschäftigung gehen weit über die Landesverteidigungsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden im Umfang von rund 6 Milliarden Franken im Jahre 1990 hinaus. Weitere 6 bis 7,7 Milliarden Franken fielen als versteckte Kosten an. Die volkswirtschaftlichen Kosten der Landesverteidigung betrugen 1990 insgesamt zwischen 12 und 13,6 Milliarden Franken. Der wichtigste versteckte Kostenfaktor resultiert aus dem Militärdienst der Milizsoldaten. Ihr Arbeitseinsatz entspricht einem stehenden Heer von 57'000 Soldaten. Weitere indirekte Kosten entstehen durch private Investitionen und die militärische Landbeanspruchung. Nicht eingerechnet sind die Umweltschäden der Armee sowie verlorene Wachstumschancen, die sich aus den planwirtschaftlichen Methoden der Rüstungsbeschaffung ergeben. Der Bund nimmt immer wieder erhebliche Mehrkosten in Kauf, um die Wirtschaft durch Lizenzproduktionen direkt und durch Kompensationsgeschäfte indirekt an der Rüstungsbeschaffung im Ausland zu beteiligen.

Längerfristig ergeben sich gefährliche Auswirkungen. Es entsteht das Risiko fehlender Marktnähe der Produktion, was unweigerlich zu einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit führt. Dies gilt auch für die wenig zukunftssträchtige militärische Forschung und Entwicklung.

Dem Militärssektor steht ein erheblicher Strukturwandel mit weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen bevor. Auf der Grundlage von zwei gleichermassen realistischen *Szenarien* "Trend" und "Trend Plus" rechnet die Studie damit, dass von den rund 40'000 militärabhängigen Arbeitsplätzen bis 1995 um die 8'000 und bis 1999 um die 12'000 bis 24'000 Arbeitsplätze

verschwinden werden. Dabei nimmt das Szenario "Trend" an, dass das Armeeleitbild "Armee 95" durchgesetzt und ab 1995 die nominellen Militärausgaben wieder mindestens in der Höhe des vollen Teuerungsausgleichs ansteigen werden. Das Szenario "Trend Plus" geht davon aus, dass ab 1995 die Militärausgaben in 10-Prozent-Schritten halbiert und die Kriegsmaterialexporte untersagt werden. Dies entspricht den Forderungen zweier Volksinitiativen, für welche die Sozialdemokratische Partei, die "Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot"(ARW), die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee"(GSoA) in der Westschweiz sowie kirchliche und andere friedenspolitische Kreise bis Mai 1992 über 100'000 Unterschriften gesammelt hatten.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der beiden Szenarien sind sehr unterschiedlich. Beim Szenario Trend ergeben sich budgetäre Engpässe und nach 1995 nur beschränkt finanzielle Spielräume für eine aktive Beschäftigungspolitik. Bei kaum veränderten versteckten Kosten der Landesverteidigung bleibt die volkswirtschaftliche Belastung durch das Militär hoch. Völlig anders sieht das Bild beim Szenario Trend Plus aus. Bis zum Jahre 2001 setzt der Abrüstungsprozess beim Bund zusätzliche 13,7 Milliarden Franken frei, die für eine aktive Beschäftigungs- und Friedenspolitik zur Verfügung stehen. Noch massiver wird der Wohlfahrtsgewinn durch den Rückgang bisheriger versteckter Kosten der Landesverteidigung ausfallen. Sie vermindern sich zwischen 1995 und 2001 um weitere 25 Milliarden Franken. Der direkte Wohlfahrtsgewinn des Szenario Trend Plus macht nach einer gewissen Übergangsperiode jährlich rund 7,6 Milliarden Franken aus, also über 1000 Franken pro Kopf der Bevölkerung. Darin nicht eingerechnet sind die zu erwartenden Wachstumseffekte durch erhebliche strukturelle Verbesserungen.

Die regionalen und sektoralen Effekte müssen differenziert betrachtet werden. Der Rückgang der militärabhängigen Beschäftigung wird besonders den Kanton Uri hart treffen. Bedeutende regionalwirtschaftliche Einbussen ergeben sich auch für die Kantone Nid- und Obwalden sowie für das Berner Oberland. Sektoral gesehen ist besonders der Beschäftigungsrückgang in der Metall-, Maschinen-, Apparate-, Fahrzeug- und Elektronikindustrie hervorzuheben. Er beträgt bis 1999 im Szenario Trend rund 5'000, im Szenario Trend Plus rund 9'000 Arbeitsplätze oder 5 Prozent aller in diesem Industriezweig Beschäftigten. Die übrigen Industriebranchen, Gewerbe und Dienstleistungssektoren sind nicht als Ganze betroffen, sondern nur in bestimmten Regionen. Bisher gingen die beobachtbaren betrieblichen Bewältigungsstrategien weit auseinander. Langfristig höchst riskanten Versuchen zur Bewahrung der militärabhängigen Beschäftigung stehen verschiedene Rückzugsstrategien entgegen. Defensive Strategien (Entlassungen und Sozialpläne) sind ausserordentlich kostspielig und sozial schädlich. Offensive Massnahmen zum Abbau militärabhängiger Arbeitsplätze wie Diversifizierung und Rüstungskonversion (Umstellung auf zivile Produktion und Dienstleistung) stellen deshalb den *einzigsten Ausweg zur langfristigen Beschäftigungssicherung* dar. Die vorhandenen EMD-Landreserven können dabei wesentliches zu einer erfolgreichen Umstellungspolitik beitragen.

Dem EMD gehören 1,73 Prozent des gesamten städtischen Bodens in der Schweiz bzw. 0,65 Prozent der Oberfläche der Schweiz überhaupt. Zusammen mit den Flächen, die unter Nutzungsverträgen stehen, verfügt das EMD über rund 6 Prozent des Schweizer Bodens.

Die wichtigste Handlungsebene für Rüstungskonversion liegt bei den einzelnen Betrieben. Ohne die unternehmerische Initiative des Firmenmanagements und die aktive Mitwirkung der Belegschaft hat eine Umstellungspolitik wenig Aussicht auf Erfolg, auch wenn sie von aussen noch so intensiv angeregt wird. Die eidg. Rüstungsbetriebe, noch kaum jedoch die Unterhaltsbetriebe, führten erste Konversionsprojekte durch und erreichten dadurch eine minimale Diversifizierung ihrer Angebotsstruktur. Noch weiter fortgeschritten ist dieser Prozess in der privaten Rüstungsindustrie. Die wichtigsten Defizite einer erfolgreichen betriebsinternen Konversionspolitik beim Bund sind der fehlende politische Wille bei Bundesrat und EMD, die unnötige und einengende Klausel, dass die Rüstungsbetriebe höchstens 15 Prozent ihres Gesamtumsatzes in "angrenzenden", d.h. zivilen Bereichen erwirtschaften dürfen und der fehlende unternehmerische Handlungsspielraum bei den Unterhaltsbetrieben. Eine klare Unternehmensstrategie zugunsten der Konversion, die Schaffung von Konversionsabteilungen, entsprechende Marktabklärungen, Erfolgskontrollen und die Überleitung in neue Eigentumsformen nach erfolgten Umstellungen sind wichtige Voraussetzungen eines gelungenen Umstellungsprozesses. Der Ausbau des Entsorgungsbereichs, Alternativenergien, öffentlicher Verkehr und die Schaffung einer Stiftung für Verifikation und Abrüstung sowie eines Ausbildungszentrums für Blauhelme und Friedenstruppen dürften im Vordergrund des Umstellungsprozesses stehen. Allerdings werden die Marktkräfte in den nächsten Jahren nicht ausreichen, um genügend Arbeitsplätze im zivilen Bereich zu schaffen. Es müssen Start- und Anpassungshilfen eingesetzt werden, damit die regional und sektoriell konzentriert anfallenden Beschäftigungsprobleme bewältigt werden können und nicht eine kostspielige Arbeitslosigkeit entsteht. Als wichtigste Ansatzpunkte auf Bundesebene sind beschäftigungswirksame Strukturprogramme (Forschungs- und Technologieförderung, Energie 2 000) und die Regionalpolitik zu verstärken. Sozial und regional motivierte Ausgleichsmassnahmen sind gezielt auszubauen. In den direkt betroffenen Kantonen ist die Wirtschaftsförderung zu intensivieren (Finanzhilfen, Standortpromotion, Arbeitsmarktpolitik). Zudem sind in der Forschungs- und Technologiepolitik zusammen mit dem Bund neue Wege zu suchen. Neu sind Gewerbe- und Innovationszentren in den EMD-Regionen zu lancieren und die Förderung von Jungunternehmungen ist zu intensivieren.

Bis 1995 ist rein theoretisch betrachtet eine Fördersumme von 216 Millionen Franken notwendig, um alle wegfallenden militärabhängigen Arbeitsplätze zu ersetzen. Für 1993-1999 sind im Szenario Trend 340 Millionen Franken und im Szenario Trend Plus 703 Millionen Franken erforderlich. Zu diesen Förderbeträgen kommen die vorhandenen Gebäude- und Landreserven, das Know-how der Arbeitskräfte und nicht zuletzt das vorhandene un-

ternehmerische Potential hinzu. All diese Faktoren sind schliesslich ausschlaggebend für die erfolgreiche Umstellung auf neue, konkurrenzfähige Produkte und Dienstleistungen im zivilen Bereich. Die Förderung ziviler Arbeitsplätze, soviel lässt sich mit Bestimmtheit jetzt schon sagen, wird wesentlich billiger sein als die Schaffung von Arbeitsstellen durch militärische Lizenzproduktionen. Die Finanzierung der Konversion stellt im Szenario Trend gewisse Probleme, da bis 1995 nur ein geringfügiger Rückgang der Militärausgaben stattfindet und diese ab 1995 zumindest nominell sogar wieder ansteigen. Bei einer Halbierung der EMD-Ausgaben (Szenario Trend Plus) kann der Bund dagegen bis ins Jahr 2001 insgesamt 13,7 Milliarden Franken einsparen. Davon können problemlos die benötigten 700 Millionen Franken (5 Prozent) für die Rüstungskonversion eingesetzt werden.

Der Bundesrat hat sich bisher zur Konversionspolitik kaum geäussert. Der anstehende Strukturwandel erfordert aber rasche Entscheide. Die Gewerkschaften forderten deshalb an einer Pressekonferenz vom 5. Mai 1992 leistungsfähige Institutionen und Verfahren, denen die notwendigen Kompetenzen erteilt werden. In einem dringlichen Bundesbeschluss seien die wichtigsten Elemente festzulegen, die das Parlament noch in diesem Jahr verabschieden soll. Für die Zeit bis 1995 soll ein Kredit von insgesamt 216 Millionen Franken eingesetzt werden. Verschiedene beschäftigungswirksame Programme (CIM-Programm, Energie 2 000, Projekte der Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung KWF) seien aufzustocken und die regionalpolitischen Massnahmen zu verstärken. Vorzusehen seien auch Mittel für den sozialen und regionalen Ausgleich und den Vollzug. Ein Konversionsrat mit Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sowie der Regionen, der Verwaltung und dem EMD- Delegierten für Regionalpolitik soll als beratendes Gremium des Bundesrates den Konversionsprozess überwachen und politisch begleiten.

Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) und der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) planen zudem, bei den betroffenen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit einer Broschüre und Veranstaltungen über die Konversionspolitik zu informieren, Konversionsworkshops in Form von Zukunftswerkstätten durchzuführen und betriebliche Arbeitskreise für Alternativen anzuregen, die den *Umstellungsprozess* "von unten" unterstützen. In einer Kontaktsitzung vom 30. April 1992 sprachen sie sich zudem mit verschiedenen Parteien, Friedensorganisationen und kirchlichen Kreisen ab, um gemeinsam eine Strategie zur politischen Um- und Durchsetzung der Rüstungskonversion zu entwickeln und in Angriff zu nehmen.

Anmerkungen

- 1) Siehe dazu u. a. die Ausführungen über Abrüstung und eine neue internationale Technologiepolitik in meinem Beitrag: KSZE, Euromilitarismus und die Schweiz. Perspektiven einer friedensverträglichen Europapolitik. In: Widerspruch 20. Schweiz - Europa. Strategien. (2. Auflage), Zürich 1990.
- 2) Peter Hug, Ruedi Meier: Rüstungskonversion. Die Umwandlung militärabhängiger Arbeitsplätze in zivile Beschäftigung. Verlag Rüegger, Zürich/Chur 1992.